



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
in dieser Woche habe ich
im Plenum anlässlich ei-
ner Aktuellen Stunde zum
weiteren Schicksal der
Stasi-Unterlagen-Behörde
gesprachen. Dabei habe
ich deutlich gemacht, dass
unser gesellschaftliches
Zusammenleben nur funk-
tionieren kann, wenn wir
bereit sind zu akzeptieren,
dass Menschen keine Ob-
jekte sind, die ein Staat
nach seinen Kriterien in
„nützlich“ und „schädlich“
einteilen kann. Die gesam-
te Rede finden Sie auf der
nächsten Seite.

Am Freitag hat die Bun-
desregierung ihren Bericht
zum Stand der Deutschen

Einheit präsentiert. Es gibt
sie inzwischen, die seiner-
zeit von Bundeskanzler
Helmut Kohl versproche-
nen blühenden Landschaf-
ten. Was die Infrastruktur
anbelangt, so hat der Os-
ten gewaltig abgeholt und
stellt so manche Gemein-
de im Westen in den
Schatten. Es ist darum
richtig, dass der Solidarp-
akt II für den Aufbau Ost
zum Jahresende ausläuft
und dass der Soli zum
größten Teil abgeschafft
wird. Es ist höchste Zeit
gesamtdeutsch zu denken
und Fördermittel dorthin
zu lenken, wo sie ge-
braucht werden, ob das im
Osten, Westen, Norden
oder Süden ist. Aber so
lange es im Osten immer

noch viele Menschen gibt,
die sich – ob zu Recht oder
Unrecht – als Bürger zweiter
Klasse fühlen, müssen wir
dieser Region unsere be-
sondere Aufmerksamkeit
widmen.

Wir „Ostler“ haben keinen
Grund zur Verunsicherung.
Mit erheblicher finanzieller
Unterstützung aus West-
deutschland haben wir
selbst einen Transformati-
onsprozess gestaltet, auch
erlitten, der in der Welt sei-
nesgleichen sucht.

Eine anregende Lektüre
wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

Delegation aus Kambodscha

Am 25. September 2019
war eine hochrangige Re-
gierungsdelegation aus
Kambodscha unter Lei-
tung des Vizepremierni-
nisters Sar Kheng auf Ein-
ladung der Gesellschaft
für Internationale Zusam-
menarbeit (GIZ) zu Besuch
im Deutschen Bundestag.
Bei dieser Begegnung ha-
ben wir Abgeordnete die
Menschenrechtsverletzun-
gen in dem Land ohne
Rücksichtnahme offen
angesprochen und ge-

mahnt, Freiheit und Demo-
kratie zuzulassen, damit
das Land sich auch wirt-
schaftlich zum Wohle der

Menschen entwickeln kann.
Einen solchen Prozess wol-
len wir mit unserer Entwick-
lungshilfe unterstützen.



Lehrstück der Demokratie

Anlässlich der von der AfD beantragten Aktuellen Stunde zum Thema *Erhalt der Stasi-Unterlagen-Behörde* habe ich am Donnerstag (26.8.2019) folgende Rede gehalten:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher! Ich glaube, die vergangene Debatte hat hinreichend klargemacht, dass es weiter Archive geben wird für die Akten, dass es weiter eine Akteneinsicht gibt, dass es weiter Beratung gibt und dass kein Mensch in unserem Land daran zu zweifeln braucht.

Wenn wir diese Akten sicher, ordnungsgemäß und fachlich richtig aufbewahren, dann ist das der Tatsache geschuldet, dass wir sie weiterhin brauchen. Diese Akten sind ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Ich sage Ihnen: Wenn wir das, was damals geschehen ist, leichtfertig vergessen, dann werden wir immer die Demokratie gefährden. Schon allein deshalb brauchen wir die Akten.

Ich habe Ihnen die Dienstweisung von Erich Mielke mitgebracht, Richtlinie 1/76; ich darf zitieren, Herr Präsident. Die Führungsoffiziere haben, getragen von einer SED-Funktionärskaste, dies alles mitbestimmt, auf den Weg gebracht, sie standen aber nie im Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung; in der standen immer die IM. Und wie die IM gewonnen wurden, will ich hier zitieren:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer,

überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer Angaben,

- systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge, um das Selbstvertrauen der Menschen zu untergraben,

- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw.,

- Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;

- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit internen Problemen, damit sie sich nicht um gesellschaftliche Fragen kümmern,

- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder, gegebenenfalls durch Arbeitsplatzbindung oder Versetzung an einen entfernten Arbeitsplatz

- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe, kompromittierender Fotos, von stattgefundenen oder vorge-täuschten Begegnungen;

- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation;

- gezielte Indiskretionen Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen,

All diese Dinge - ich könnte hier noch ein bisschen zitieren

- waren die Arbeitsanweisung von Erich Mielke, der sagte, dass er sein ganzes Volk geliebt hat. Zu diesen Repressalien, diesen, so möchte ich sagen, teuflischen Methoden,

habe auch ich Akten gelesen. Dreimal war ich in so einer Kommission. Am Schluss konnte ich nicht mehr sagen, wie viel Schuld der einzelne IM an seinem Verhalten tatsächlich hatte. Wir hatten 30 Jahre Zeit, individuell wie gesellschaftlich wie wissenschaftlich, diese Akten zu prüfen und eigene Überzeugungen zu gewinnen. Wir sind damit noch lange nicht fertig. Menschen wollen selber auf die Suche gehen, und sie müssen das, um ihrer Identität willen. Sie wollen verstehen und vielleicht wissen: Wie bin ich in diese Lage geraten? Als Opfer oder als Täter? - Das war manchmal sehr schillernd. Es gibt von identischen Personen Täterakten und Opferakten. Das alleine macht deutlich, wie verquickt dieses System war.

Meine Bitte, meine Aufforderung geht dahin, dass Sie miteinander verstehen, dass das alles nur möglich war, weil dieses ideologische System auf einem Menschenbild basierte, das nicht unser Menschenbild ist. Der Mensch war ein Objekt, er war kein Subjekt, er wurde eingeteilt danach - das habe ich erlebt in meiner eigenen Geschichte -, ob er nützlich für die Gesellschaft war oder ob er schädlich für die Gesellschaft war. Wenn er nützlich war, wurde er befördert, und wenn er schädlich war, wurde er in seiner Entwicklung behindert oder eliminiert. Das war die Philosophie. Wenn wir die Wurzeln eines solchen Denkens nicht verstehen, dann sind wir im-

Lehrstück der Demokratie (Fortsetzung)

mer in Gefahr, dem Nützlichkeitsprinzip und -denken zu folgen, dann laufen wir Gefahr, nicht eine wehrhafte und demokratische Gesinnung zu entwickeln, die auf unserem Grundgesetz beruht. Das ist ein wunderbares Gesetz.

Wenn wir uns daran orientieren und halten, dann werden wir den richtigen Weg gehen.

Ich denke - das sage ich Ihnen, liebe Kollegen von der AfD -, eine Aktuelle Stun-

de kann bei diesem Thema nicht alles besser machen. Wenn wir es besser machen wollen, dann müssen wir Vorbild sein, und zwar, indem wir genau das, was die Stasi gemacht hat, in unserer politischen Praxis, in unserer menschlichen Praxis nicht versuchen.

Das heißt, wer auch immer Menschen verängstigt, manipuliert, falsch oder fehlerhaft informiert, wer sie agitiert, der macht sich am Menschen und macht sich an der Demokratie

schuldige.

Wir müssen uns bemühen, dass wir aufrecht, wahrhaftig und ohne Menschen zu verängstigen miteinander in eine Zukunft gehen, die schwer genug zu gestalten sein wird. Aber wir haben eine historische Erfahrung - dafür brauchen wir die Akten -, und dafür haben wir ein gutes Miteinander zu pflegen.

Fahrradtour für Blinde und Sehende

Fahrradfahren ohne etwas zu sehen? Das ist kaum vorstellbar und doch ist es geschehen. Letzte Woche Dienstag (17.9.2019) nahm eine Gruppe junger Menschen aus der Ukraine, Polen und Deutschland an einem Gespräch mit meinem Abgeordnetenkollegen Thomas Nord und mir teil, die genau dieses scheinbar Unmögliche vollbracht hat. Ein Teil der Gruppe war blind oder stark sehbehindert. Sie

bildeten jeweils den hinteren Teil eines Tandems. Immer zu zweit waren die Jugendlichen

im westukrainischen Ivano-Frankivsk auf ihre dreiwöchige Tour gestartet.



Störfaktor Bürokratie bei den Engagierten

Vergangen Mittwoch führten wir zum Thema Bürokratieabbau ein Fachgespräch im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. Die geladenen Gäste (Geschäftsführer von Stiftungen und Vereinen) beklagten, dass Bürokratie ein großer Zeitfresser in der Arbeit der Engagierten darstellt. Allein 32 von 60 Minuten verbringt ein geschäftsführender Ehrenamtler mit Bürokratie, wo doch die freiwillige Zeit eigentlich in die in-

haltliche Arbeit investiert werden sollte, nämlich da, wo sie am dringendsten gebraucht wird.

Allein die Einführung der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und die deutliche Veränderung der Praxis führt viele Engagierte in die Rechtsunsicherheit, weil sie nicht genau wissen, was erlaubt ist und was nicht. Diese „rechtliche Grauzone“ schürt Angst vor eventuellen Strafzahlungen. Je mehr es diese „Grauzonen“ gibt, desto weni-

ger werden sich Freiwillige engagieren, denn Niemand möchte in irgendeiner Weise gerichtlich belangt werden. Heute schon suchen viele Vereine händeringend Vorstandspersonal. Also, hier gibt es noch großen Nachbesserungsbedarf und ich werde mich entschieden für eine Entbürokratisierung und Erleichterungen einsetzen um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements weitreichend umzusetzen.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Frankfurt (Oder)
Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro

Beeskow
Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Diskussion um Kürzungen bei den Freiwilligendiensten



Am 19. September 2019 hat mich die Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zur Besichtigung einer Tagesgruppe für Erziehungshilfe nach Wriezen eingeladen. Wir diskutierten über gestrichene Haushaltsmittel für die Freiwilligendienste. Gesellschaftlicher Zusam-

menhalt und Leistungsfähigkeit sind enorm abhängig von motivierten und gemeinschaftsfähigen Menschen. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche bedarfsgerechte und wirksame Unterstützung, wenn dieses Zuhause fehlt. Wir können die Leistungen solcher

Jugendhilfeträger für unser gutes Zusammenleben nicht hoch genug schätzen. Freiwillige, ob jung oder alt, sind wirksame Helfer. Aber auch ihnen wird in ihrer Entwicklung geholfen. Finanzielle Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst und beim Freiwilligen Sozialen

Keine Hass-Rapper am Brandenburger Tor

Am Mittwochabend (25.9.2019) wollten zwei palästinensische Hass-Rapper, die für israelfeindliche und antisemitische Parolen bekannt sind, vor dem Brandenburger Tor auftreten. Dieser umstrittene Auftritt wurde erst kurz vor Beginn durch die Berliner Innenverwaltung verboten. Zu diesem Zeitpunkt hatte meine bereits am Mittag veröffentlichte Pressemitteilung Eingang in zahlreiche Medienbeiträge gefunden. Hier meine Pressemitteilung im Wortlaut:

„Forderungen nach Auslöschung einer gan-

zen Stadt oder Aussagen, man müsse Juden „zertreten“, was an nationalsozialistische Sprachexzesse erinnert, dürfen nicht länger unter dem Deckmäntelchen Meinungsfreiheit oder künstlerische Freiheit toleriert werden. Der Auftritt der palästinensischen Hass-Rapper Shadi Al-Bourini und Shadi Al-Najjar reiht sich ein in die antisemitischen und homophoben Pro-teste am sogenannten Al-Quds-Tag, an Menschen die Zerstörung des Staates Israel propagieren. Beide Veranstaltungen haben in einer Stadt wie Berlin, die mehr als viele ande-

re für die Freiheit des Denkens und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden steht, nichts zu suchen. Sie gehören verboten – das gilt insbesondere für Aktionen am Brandenburger Tor, das zum Symbol der Freiheit geworden ist. Ein Verbot gründet sich nicht nur in unserer besonderen Verantwortung für Israel, sondern auch darin, dass jeglicher Aufruf zu einem Völkermord einen Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung darstellt und in letzter Konsequenz zur Auslöschung aller Völker führen würde.“